Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 187 | Dresden, Dienstag den 12. August 1924 | 35. Jahrg.

Sozialistische Geburtenpolitik

Von Dr. med. Margarete Stegmann, M. d. R.

Der Kampf für und gegen die Paragraphen 218 bis 220 des Strafgesetzbuches (Schutz für das keimende Leben) nimmt das Interesse immer weiterer Kreise gefangen. Die Aerzte waren in ihrer großen Mehrzahl immer für volle Beibehaltung der Strafparagraphen und gegen jedes Attentat. Neuerdings ist diese Stellungnahme in einer Broschüre: „Soll die Entsittlichung Deutschlands durch Herabwürdigung der Mutterschaft noch vollends zu Ende geführt werden?" scharf zum Ausdruck gekommen. Die Broschüre ist von einer sehr großen Zahl der ersten deutschen Kliniker mitunterzeichnet und ist eine Aufforderung zum Kampf. Sie gibt charakteristischerweise vor, die Sittlichkeit schützen zu wollen; aber der Ausgangs- und Angelpunkt ist der Vergleich unsrer Bevölkerungsstatistik mit der Frankreichs.

Aber auch die Gegner der Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sind zu starker Aktivität übergegangen; in Berlin gab es kürzlich in einer von den hinter der genannten Broschüre stehenden Kreisen veranstalteten Versammlung (Redner waren ein Pfarrer, ein Arzt und Dr. Maurenbrecher!) stürmische Widerspruchskundgebungen der Zuhörer. Und in einer Reihe von Versammlungen sprach die Genossin Dr. Wegscheider-Ziegler für eine zeitgemäße Aenderung der Gesetze zu einem zahlreichen und dankbaren Publikum.

Der Kampf drängt zu einer endlichen Entscheidung im Reichstag. Vereinzelt erklären sich jetzt auch Aerzte für eine weitere Liberalisierung. Sehr vereinzelt und sehr vorsichtig. Die Vorsicht der Aerzte ist leicht zu verstehen: nur die Aerzte wissen ganz, mit wie großen Gefahren die Schwangerschaftsunterbrechungen verbunden sind.

Es ist auch leicht zu verstehen, wenn Dr. med. Karl Kautsky, der Sozialist, in der kürzlich in dieser Zeitung besprochenen Broschüre sagt, es sei richtiger, die Erkenntnis, daß die Ursachen bekämpft werden müssen, unter der Arbeiterklasse zu verbreiten, als durch den Kampf gegen einen einzelnen Gesetzesparagraphen eine Art Wunderglauben zu züchten. Nur scheint mir, es sind nicht die Arbeiter, denen diese Erkenntnis nottut; sie wissen längst, daß eine Gesellschaftsordnung, die dem Menschen das natürliche Lebensgefühl am wenigsten verkrüppelt, das einzige ist, was ihnen und ihren Frauen wirklich helfen kann. Die Erkenntnis, daß Zeugungs- und Mutterwille davon abhängen, muß aber dorthin getragen werden, wo sie noch nicht aufgegangen ist: in die bürgerlichen Kreise und vor die bürgerlichen Gesetzgeber. Der Kampf gegen die Paragraphen 218 usf. ist eine umfangreiche Anklage des ganzen bürgerlich-kapitalistischen Systems.

Der Politiker hat die Pflicht, die weitesten und größten Ziele zu kennen und den Weg zu ihnen zu zeigen und zu gehen. Aber nicht minder die Pflicht, auf dem Weg in die Zukunft die „kleinen" Verbesserungen nicht zu vernachlässigen, die im Augenblick der Gegenwart notwendig sind, wenn sie auch mit der Erreichung des fernen Hauptziels nichts mehr zu tun haben.

Und augenblicklich leben wir in wirtschaftlicher Not und in politischem Chaos. Unter Lebensbedingungen, die dem Zeugungs- und Mutterwillen denkbar ungünstig sind, und die doch in absehbarer Zeit nicht wesentliche Besserungen erfahren werden. Und in dieser Zeit bedeutet der § 218 einen Fluchwurf und eine Grausamkeit und eine ganz sinnlose Vermehrung der Not. Er muß — wenigstens probeweise, auf 5 oder 10 Jahre — durch ein Amendement dem wirtschaftlichen und seelischen Bedürfnis unsrer Zeit angepaßt werden. In dieser Probezeit würde sich erweisen, wie der Einfluß der Freigabe auf Sittlichkeit und Volksgesundheit ist.

Auch die Weiterverbreitung der Mittel zur Geburts-„kontrolle", der vorbeugenden Mittel, die Kautsky zur Bekämpfung des künstlichen Abortus empfiehlt, macht diese Gesetzesänderung nicht überflüssig, was nicht weiter ausgeführt zu werden braucht. Jedermann weiß, daß die besten Schutzmittel zu Zeiten versagen.

Die um die Gesundheit der Frauen besorgten Aerzte müßten einsehen, daß die Gefahr in der Heimlichkeit, im Zwang, sich Sachverständigen Händen anzuvertrauen, liegt. Die Möglichkeit, sich offen an den Arzt zu wenden, ist der einzige Schutz für die Frauen.

Eine Gefahr wird meistens übersehen. Man denkt nur an die körperliche Gesundheit, nicht an die seelische. Seelisch ist es für eine Frau, ganz besonders für diese Art Frau, die hier in Frage steht, eine unsäglich große Erschütterung, wenn sie aus Not zur Gesetzbrecherin werden muß. Die seelischen Kämpfe, die sie durchzufechten hat, bis sie sich entschließt, ein empfangenes Leben wieder von sich tun zu wollen, können ihr ohnehin nicht abgenommen werden.

Erfreulich war es, daß kürzlich das Aerztliche Vereinsblatt einen eingehenden Bericht von Dr. Lothar Wolf über die Maßnahmen der Sowjetrepublik in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung brachte. Eine Anzahl von Aerzten wird dadurch vielleicht doch zu freierer Auffassung des Problems gekommen sein.

In Rußland werden viele Kinder gewünscht. Schwangere, besonders wenn sie ein lebendes Kind gebären, genießen große pekuniäre Vorteile. Trotzdem anerkennt die Sowjetregierung, daß es wirtschaftliche und andre Gründe zur Unterbrechung einer Schwangerschaft geben kann. Sie erachtete es deshalb als ihre Pflicht, den Arzt aus der Sphäre des Verbotenen und Geheimen herauszuheben. Den Frauen wird jetzt an den staatlichen Kliniken durch sachverständige Aerzte geholfen. Verboten ist, daß Privatärzte aus gewinnsüchtiger Absicht Eingriffe vornehmen, während nun auch unter bestimmten Bedingungen in Privatkrankenhäusern Eingriffe durch Aerzte erlaubt sind.

Diese Einrichtung besteht in Sowjetrußland seit drei Jahren. Neuerdings wird gesagt, seien die materiellen Lebensbedingungen so viel besser geworden, daß der Kreis der sozialen Indikation enger gezogen werden könne. Die Vornahme der Operation wird jetzt von der Genehmigung einer Frauenkommission abhängig gemacht, die der Gesundheitsschutzabteilung angegliedert ist.

Wir können in Deutschland vieles von den hygienischen Neuerungen, die Rußland eingeführt hat, nur wünschen. Es handelt sich um weitere Gebiete als nur die Schwangerschaftsunterbrechung.

Hier aber würden wir gerade die Frauenkommission mit entscheidender Stimmen ablehnen. Zwar kann eine solche „in kameradschaftlichem, intimem Gespräch Ursachen klarstellen und andre Auswege überlegen". Zwar ist es richtig, daß die Schwangeren sich sehr häufig in Depressionszuständen befinden, die durch verständnisvolle Aussprache behoben werden können, so daß der Wille zum Kind wieder erwacht. Eine Frauenkommission könnte also Gutes wirken, aber sie dürfte nur beratend sein. Besser als sie wäre die Aussprache mit einer berufenen Seelenärztin. Jedenfalls aber muß die Entscheidung bei der Frau selbst liegen.

Diese Forderung stellen wir nicht aus irgendwelcher Ichsucht heraus, sondern aus der Erkenntnis, daß wahre Sittlichkeit nur in Persönlichkeiten mit voller Selbstverantwortung bestehen kann. Auf die Schaffung der Sittlichkeit durch Selbstverantwortung aber kommt es nun endlich an. Und es ist Zeit, daß die Frauen dazu erwachen und daß ihr Erwachen nicht gehindert wird. Diese Seite unsres Problems ist die wichtigste; sie erscheint mir weit wichtiger als die biologische.

Denn: Nicht nur fortpflanzen sollen sich die Menschen, sondern höherpflanzen. (Nietzsche.)

Wenn die Arbeiter sehen würden

Sie liefen den Völkischen davon!

München, 9. August. In der bereits erwähnten Versammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft" rechnete der nunmehr aus der Fraktion des völkischen Blocks ausgeschlossene Abgeordnete Wiesenbacher in außerordentlich gründlicher Weise ab mit seinen bisherigen Fraktionsfreunden und erzählte dabei sehr bezeichnende Intimitäten über die sogenannte Arbeiterpolitik der völkischen Fraktion. „Ich erstaunte, als ich nach der Wahl in die völkische Fraktion kam. 17 Mitglieder gehören der Intelligenz an, vier der Landwirtschaft und ich als einziger der Arbeiterschaft. Man hat mich ganz hinten hingesetzt, ich bin das fünfte Rad am Wagen. Aber die Herren der Intelligenz (Zurufe Pochner) werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß sie die Arbeiter zum fünften Rad am Wagen machen können. Als ich meinen ersten Antrag einbrachte, wurde ich zunächst ruhig angehört, aber schon beim dritten Antrage über die Frauenarbeit wurde mir vom Vorsitzenden (Hatz) zugerufen: „Aber Herr Kollege,

wir haben doch schon 25 Anträge,

da müssen Sie die Übrigen schon etwas zurückstellen." Streicher hat in der Fraktion verlangt, daß ein Revers unterschrieben werden müsse, daß kein Abgeordneter der Freimaurerei angehöre. Aber da wurde einem unruhig, und mancher klopfte nervös mit den Fingern auf den Tisch, und als Streicher drängte, wurde die Stimmung außerordentlich ungemütlich. Es kam dann in der Fraktion öfters zu solchen Differenzen, und dann sagten Streicher und ich: „Das ist uns zu dumm, da gehen wir nicht mehr hin.

Wenn die Arbeiter einmal sehen würden, wie es dort zugeht, dann würden sie alle davonlaufen."

Diese Herren von der Intelligenz gewinnen keinen Arbeiter, auch wenn sie sich noch so sehr als Arbeitervertreter aufspielen. Als kürzlich die sozialdemokratische Abgeordnete Ammon einen vernünftigen Antrag zum Achtstundentag, zur Erwerbslosenfrage und zur Frauenfrage einbrachte und ich sagte, das unterstreiche ich, da wurden mir heftige Vorwürfe gemacht. Als dann die völkische Fraktion zu den Anträgen betreffs Achtstundentag Stellung nehmen sollte, war unser Abgeordneter, der sprechen sollte, nämlich Frühauf (Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes München) mit seinem Material plötzlich verschwunden. Sein Ersatzmann weigerte sich dann zu reden, und schließlich tat es dann Dr. Buttmann. Wie so ein Doktor über den Achtstundentag spricht, kann man sich denken, und als er vorgestern in der Nürnberger Versammlung mit seiner Leistung prahlte und aufrumpfte, haben wir ihm die Stiefel gründlich abgewichst. Der Erfolg war, daß er mich als Marxist verdächtigte und mich durch die Polizei aus dem Saale weisen ließ. Aber es nützt den Herren nichts, der Tag wird kommen, wo auch mit ihnen abgerechnet werden wird. Wenn sie mich ausschließen, sollen sie es ruhig tun, das ist mir egal, aber dann kommen diese Herren auch nicht mehr auf ihre Stühle, auf denen jetzt sie sitzen."

•

Völkische Ausschlüsse?

München, 11. August. (Eig. Drahtb.) Der Völkische Pressedienst verbreitet am Montag die Nachricht, daß auf Beschluß des Völkischen Blocks die beiden Landtagsabgeordneten Wiesenbacher und Frühauf letzterer ist der Geschäftsführer im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband München und nebenbei Redakteur an der völkischen Deutschen Presse) wegen Schädigung des nationalen und völkischen Gedankens aus der Partei ausgeschlossen worden seien, ebenso Esser und das Vorstandsmitglied Wolteredk. Ob diese Meldung aber zutrifft, ist sehr zweifelhaft, da der sogenannte Völkische Pressedienst eine vollständig unbekannte Stelle ist und, wie man hört, bisher mit gefälschten Unterschriften gearbeitet hat. Dieser Dienst wurde ja auch in der letzten Woche wegen einer Meldung über die Verbindung des Völkischen Blocks mit Hitler sowohl vom Völkischen Block als auch von Ludendorff offiziell abgeschüttelt, ohne daß es gelungen wäre, über seine Existenz etwas Näheres zu erfahren. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß an der jetzigen Meldung, ebenso wie an der letzten Meldung des Pressedienstes etwas Wahres ist, worüber man durch die bevorstehenden Dementis zweifellos bald Näheres erfahren wird. Diese Vorgänge sind aber außerordentlich charakteristisch für die Art und den Grad der Zersetzung innerhalb der Völkischen.

Direkte Verhandlungen über die Räumung

London, 11. August. (Eig. Meldung.) Heute nachmittag um 4 Uhr hat die direkte Aussprache über das Problem der militärischen Räumung begonnen. Verhandelt wird zunächst nur zwischen den deutschen und den französischen Delegationsführern; jedoch haben auch die Belgier die Möglichkeit, jederzeit in die Verhandlungen einzugreifen. Die in den Kreisen der Konferenzteilnehmer herrschende Stimmung ist sehr zuversichtlich, besonders seit Herriot über den günstigen Verlauf seiner Pariser Reise Mitteilung gemacht hat. Unter Hinweis auf die am Montagmorgen zustande gekommene Einigung über die Beschlüsse der zweiten Kommission erklärte Herriot, daß der Geist der Konferenz seit seiner Rückkehr von Paris ein andrer geworden sei. Frankreich habe die Zahl seiner Freunde noch vermehrt, nachdem man sein wahres Gesicht gesehen und seinen aufrechten Willen zum Frieden erkannt habe. Die gefährliche Klippe sei umsegelt und der Erfolg der Konferenz sei gesichert.

*

S. **London**, 11. August. (Eigener Drahtb.)

Die „großen Vierzehn" haben am Montag den zweiten Kommissionsbericht angenommen, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Amnestie und über die Ausgewiesenen. Deren Regelung verbleibt auf Wunsch Herriots der deutsch-französischen Aussprache, da dies nach Herriots Meinung eine deutsch-französische Angelegenheit darstelle. Herriot soll zugesagt haben, diese Frage in weitherzigstem Sinne zu regeln. Nach Abschluß der Verhandlungen über den zweiten Kommissionsbericht dankte Herriot dem englischen Staatssekretär Crowe, der seit dem Fortgang des Kolonialministers Thomas den Vorsitz in der zweiten Kommission geführt hat. Crowe gab diesen Dank an den Franzosen Seydoux und den deutschen Staatssekretär Fischer weiter. Hierauf wurde der deutsche Vorschlag angenommen, daß in der Reparationskommission immer dann, wenn der Dawes-Bericht verhandelt werde, ein Amerikaner beigezogen werden soll, während bisher dieser Amerikaner nur für die Verfehlungsfrage vorgesehen war.

Es verlautet, daß im Verlauf des Montagmorgen der französische Ministerpräsident im Rat der Vierzehn sich auch zu der Frage der Räumung des Ruhrgebiets geäußert habe. Dabei soll er mitgeteilt haben, in welchem Sinne er diese Frage in der außerordentlichen Sitzung des französischen Ministerrates behandelt habe. Wie man hört, soll Herriot den ursprünglichen französisch-belgischen Vorschlag, der eine bedingte zweijährige Weiterbesetzung des Ruhrgebiets vorsah, fallengelassen und durch eine Formel ersetzt haben, nach der die Ruhrbesetzung noch ein Jahr dauern soll. Dabei ist, was nicht offen ausgesprochen wurde, daran gedacht, daß die Räumung früher erfolgt, vorausgesetzt, daß die von Macdonald zugesagte Prüfung die vor dem 10. Januar 1925 erfolgte Entwaffnung Deutschlands festgestellt habe. Es ist vorläufig nicht anzunehmen, daß die Deutschen diesem Programm zustimmen werden und ebenso wenig, daß die Finanzleute sich mit einer so langen Besetzungsfrist einverstanden erklären. Außerdem spielt die Bereitschaft zum Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages und die Verlängerung der Einfuhrfreiheit aus Elsaß-Lothringen noch Deutschland bei den französischen Forderungen eine Rolle.

Nicht einfach zu regeln wird die noch ausstehende Frage der Ueberweisung der von den beiden Agenten für die Ueberweisungen angesammelten Markbeträge, von Privatpersonen sein, deren Zweck es sein soll, in Deutschland Einkäufe zu machen. Die in der Anlage 6 zum Dawes-Bericht enthaltene Bestimmung würde damit die Wirkung erhalten, daß das Ausland unter Umständen Kapitalien in sehr beträchtlichem Umfange in der deutschen Wirtschaft unterbringen könnte. Um der Gefahr einer Ueberfremdung vorzubeugen, wird man zum mindesten ein Maximum der für die Einkäufe zu überweisenden Summen festsetzen und zugleich zeigen müssen, daß die im Gutachten selbst enthaltenen Bemerkungen über die Notwendigkeit der Stabilität der deutschen Währung auf diesen Fall in Anwendung gebracht werden müssen. Dieser Gegenstand soll am Dienstag zur Verhandlung kommen. Man nimmt an, daß die deutschen Vertreter dabei keinen leichten Standpunkt haben werden.

Von seiten der in London anwesenden Vertreter der deutschen Industrie werden lebhafte Bedenken gegen den Gedanken erhoben, die Räumung des Ruhrgebiets sozusagen mit handelspolitischen Zugeständnissen an Frankreich und durch die Verlängerung der Einfuhrfreiheit aus Elsaß-Lothringen zu erkaufen. Bei den Mitgliedern der deutschen Delegation soll ursprünglich eine gewisse Geneigtheit vorhanden gewesen sein, in diesem Punkte Frankreich entgegenzukommen. Es muß abgewartet werden, ob die ablehnende Haltung der Vertreter der deutschen Industrie einen bestimmenden Einfluß auf die deutsche Delegation ausübt. Im übrigen wird die Lage bei den französisch-deutschen Besprechungen, die am Montagabend um 6 Uhr begonnen haben, als stark entspannt beurteilt, trotzdem noch schwerwiegende Fragen zur Entscheidung stehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240812/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG